

13. JUNI 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/122

Bonn, den 13. Juni 1962

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|--------|---|-----|
| 1 - 2 | <u>Dennoch Tag der deutschen Einheit</u>
Von Herbert Wehner, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD | 72 |
| 3 | <u>Die grossen Gemeinschaftsaufgaben</u>
Strassen - Schulen - Krankenhäuser - Sportstätten | 45 |
| 1 - 4a | <u>Der Auslandsbericht:</u>

<u>auch Frankreich sucht einen "Nachfolger"</u>
De Gaulle auf dem Weg zur Präsidentschaft?
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer | 74 |
| 5 - 7 | <u>Jugendfreizeitwerk Neuland</u>
Erholungszentrum für Kinder und Jugendliche bei Bielefeld
Eine mustergültige Schöpfung
Von Hermann Schueler | 131 |

* * *

* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

13. Juni 1962

Dennoch Tag der deutschen Einheit

Von Herbert Wehner, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Der 17. Juni ist durch Gesetz zum "Tag der deutschen Einheit" geworden, weil am 17. Juni 1953 im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands unsere Landsleute trotz des dort herrschenden kommunistischen Gewaltregimes die Betriebe und Werkstätten verliessen und auf Strassen und Plätzen Kundgaben, frei in einem vereinigten demokratischen Deutschland leben zu wollen.

Die Freiheitsdemonstrationen vom Juni 1953 wurden zwar durch die Panzer und Standgerichte der sowjetischen Besatzungsmacht erstickt. Aber es bleibt Tatsache, dass die Deutschen dort, wo sie es am schwersten hatten, ihren Willen zur Einheit in Freiheit erschütternd deutlich gemacht haben. Diese Tat und die mit ihr verbundenen Opfer verpflichten unser ganzes Volk.

Recht auf Selbstbestimmung

Kommunistische Gewaltherrschaft hat, besonders dort, wo sie zugleich Fremdherrschaft ist, in den seit 1953 vergangenen Jahren auch in anderen Ländern Volksbegehren nach der Menschenrechten blutig unterdrückt. Die Menschheit kann nicht daran vorbeisehen, dass unsere Forderung, auch dem ganzen deutschen Volk die Menschenrechte, das Recht auf Selbstbestimmung, zu gewähren, ein Teil des erdumspannenden Ringens darum ist, die in der Charta der Vereinten Nationen verheissenen Menschenrechte tatsächlich überall durchzusetzen.

Bisher haben weder die Mittel der Politik, noch die moralischen Proteste die kommunistischen Gewalthaber daran hindern können, sich an den ihrer Macht ausgelieferten Menschen zu vergehen. Dies festzustellen, bedeutet aber nicht, deshalb auf Politik und Protest verzichten zu wollen. Wenn die kommunistischen Gewalthaber darauf aus sind, die Menschheit dazu zu bewegen, sich mit ihrer Gewaltherrschaft abzufinden, weil sie eine "Realität" sei, so ist es Pflicht und Aufgabe des freien Teil Deutschlands, der Menschheit die Realität des Zusammenhalts und der Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes vor Augen zu führen.

Wir dürfen nicht stumpf werden!

Die kommunistischen Gewalthaber hätten erst dann gesiegt, wenn es ihnen gelänge, uns im freien Teil Deutschlands und der Menschheit stumpf

gegen das zu machen, was sie den Menschen in ihrem Machtbereich antun. Die kommunistische Brutalität, deren schrecklicher Ausdruck die Mauer in Berlin und die Sperrgürtel und Todesstreifen durch ganz Deutschland sind, ist ein Gemisch aus Menschenverachtung und -furcht. Wenn wir den in der Unterdrückung lebenden Deutschen zeitweilig auch nur sehr indirekt beistehen können, so dürfen wir sie nie aufgeben, denn dann gäben wir das deutsche Volk auf. Der kommunistische Separatismus in Deutschland wird zu einer Last für das ganze kommunistische "Lager" werden, wenn der freie Teil Deutschlands seine gesamtdeutsche Verpflichtung ernst nimmt.

Das ist es, was wir im Gedenken an den 17. Juni 1953 uns selbst und unseren Landsleuten, die hinter der Mauer leben müssen, zu versprechen haben. Darüber, was wir konkret zu tun haben, wird immer wieder neu nachgedacht und darum wird noch oft gerungen werden müssen. Entscheidend bleibt aber, was wir uns im Worte befinden.

Einer der Männer, die nach dem 17. Juni 1953 den schweren Weg nach Sibirien gehen mussten, und der nach Jahren harter Haft die Freiheit erlangte berichtete, es sei sein schönstes Erlebnis gewesen, von seiner Frau, die in der Zone lebte, gehört zu haben, wie sie während der Jahre immer wieder durch Spenden unbekannter Freunde am Ort unterstützt worden ist.

Es kann sein, dass wir - im übertragenen Sinne - geraume Zeit nicht viel mehr tun können als das, was die Frau des Gefangenen aufrecht erhalten hat. Wenn wir dabei das Menschenmögliche tun, werden wir doch insgesamt stärker sein als die Gewaltherrschaft.

Unsere Bewährungsprobe

Wir dürfen dabei nicht müde werden, unsere Nachbarvölker und alle, die in den Vereinten Nationen sind, geduldig davon zu überzeugen, dass die Bundesrepublik Deutschland eine Friedensregelung anstrebt, die die Sicherheit aller Beteiligten gewährleistet, und dass ein vereinigtes Deutschland keine Gefahr, sondern geradezu die Voraussetzung einer Friedensordnung in Europa ist. In der Jugend unseres Volkes müssen wir ein Bild von einem vereinigten Deutschland entstehen lassen, das nicht der Vergangenheit entlehnt ist, sondern ein Deutschland sein wird, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschliesst.

Die Deutschen, die in der sowjetisch besetzten Zone leben, haben unter Opfern bekundet, dass sie mit uns in Freiheit zusammenleben wollen. Die Deutschen, die in Berlin leben, haben im Widerstand gegen die Blockade und gegen die Abschnürung für das ganze deutsche Volk eine geschichtliche Leistung vollbracht. Wir Deutschen im freien Teil Deutschlands haben uns im langwierigen und harten Ringen um das Recht auf Selbstbestimmung für das ganze deutsche Volk noch zu bewähren.

Die grossen Gemeinschaftsaufgaben

Strassen - Schulen - Krankenhäuser- Sportstätten

hl. - Die Frage, wie es mit der Finanzpolitik der Städte und Gemeinden weitergehen soll, lässt sich nicht länger überhören. Auf der einen Seite hat der Deutsche Städtetag den kommunalen Investitionsbedarf mit 157 Milliarden DM ermittelt. Auf der anderen Seite hat die Finanzkraft der Gemeinden wiederum nachgelassen, nachdem der Gewerbesteuerfreibetrag im letzten Quartal 1961 von 4 800 auf 7 200 DM im Jahr heraufgesetzt worden ist. Das wiederum geschah vor dem Hintergrund der wachsenden kommunalen Verschuldung, die im letzten Jahr um 1,44 Milliarden DM anstieg.

Kein Wunder also, dass der Deutsche Städtetag erneut eine Reform der Gemeindefinanzen gefordert und die Länder gebeten hat, diese Reform mit der Überlassung der Kraftfahrzeugsteuer zu beginnen. Aber auch der Bund ist aufgefordert worden, den Kommunen einen Teil der Mineralölsteuer, welche in die Bundeskassen fliesst, zu überlassen, damit der Verkehrsausbau in den Städten bewältigt werden kann. Es ist nun einmal so, dass der gesamte Investitionsbetrag von 157 Milliarden DM von den Städten, Gemeinden und Landkreisen erst in zwanzig Jahren erfüllt werden kann, wenn die kommunale Finanzausstattung nicht entscheidend verbessert wird.

Wir wissen, dass sich die Verkehrsverhältnisse in den Städten am besten auf die Formel reduzieren lassen: Mehr Automobile als Strassen und Plätze. Die Städte kennen das und weisen durchdachte Projekte und Planungen vor. Deren Verwirklichung, die Investitionen für den Strassen- und Verkehrsausbau sowie die damit verbundenen städtebaulichen Neuordnungen, kosten aber immerhin 63 Milliarden DM. Es ist nun die Frage, ob die dringvolle Enge, die immer häufigeren Verkehrsstaunungen, noch zwanzig Jahre anhalten sollen.

Die Schulpolitiker und Pädagogen verlangen seit einiger Zeit mit guten Gründen eine neunjährige Volksschulzeit und für jede Schulklasse einen Raum und einen Lehrer, wobei die Zahl der Schüler pro Klasse 25 nicht übersteigen sollte. Diese Normen, die in vielen Staaten der Welt schon selbstverständlich sind, bedeuten aber für unsere Schulträger wiederum einen Investitionsbedarf von 23 Milliarden DM. Diese Schulträger sind die Städte, Gemeinden und Kreise. Dabei ist in das Schulprogramm noch nicht einmal die Überlegung einbezogen worden, die zu Kaisers Zeiten im Kasernenstil erbauten Schulen endlich abzureissen.

Aber auch die anderen Gemeinschaftsleistungen für die Bürger in der Gemeinde sind unabweisbar und lassen sich einfach nicht mehr auf die lange Bank schieben. Für die Krankenhäuser und alles, was damit zusammenhängt, müssten 2,8 Milliarden ausgegeben werden, um einen modernen Standard zu erreichen.

Jeder Fachmann des Sportes steht heute auf der Seite der Kommunen, die den Finanzbedarf für den Sport auf 7,5 Milliarden DM beziffern. Ganz zu schweigen von der oft unglaublich primitiven Müll- und Abwasserbeseitigung, für die 7,8 Milliarden DM ausgegeben werden müssten, um nun auch endlich zu Müllverbrennungsanlagen und modernen Kläreinrichtungen zu kommen.

Auch Frankreich sucht einen "Nachfolger"

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Anfang Juli dieses Jahres wird der 86jährige Bundeskanzler Konrad Adenauer zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Paris kommen und dort Gelegenheit haben, mit seinem 76jährigen Freunde de Gaulle u.a. auch über das Nachfolgeproblem zu sprechen, das in Bonn und Paris gleichermaßen eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Denn mit dem Mäherrücken des 1. Juli 1962, dem Tage, an dem Algeriens staatliche Unabhängigkeit durch einen Volksentscheid besiegelt werden soll, verstärkt sich auch in Frankreich der Kampf um die "Nachfolge". Die politischen Parteien, von links bis rechts, halten es für selbstverständlich, daß der alte General, nachdem er den algerischen Drogen gelöst oder zerhauen hat, wieder in sein Dorf Colombey-les-Deux-Églises zurückkehrt, um dort den vierten Band seiner Memoiren zu schreiben, etwa unter dem Titel "Le Retour".

De Gaulle will "Schiedsrichter" bleiben

De Gaulle ist aber durchaus nicht der Meinung, daß das 1958 begonnene Kapitel seiner Rückkehr zur Staatsführung schon zu Ende ist. Er sieht in dem algerischen Drama, ebenso wie seinerzeit in der französischen Niederlage von 1940, nur einen Anlass, die Macht auszuüben und um seine eigentlichen aussen- und innenpolitischen Pläne endlich in die Tat umzusetzen. Der stumme Vertrag, an den ihn das Parlament zu erinnern versucht, nämlich nach Lösung der beiden lebenswichtigen Probleme - Beendigung des Algerienkrieges und Bannung der Bürgerkriegsgefahr - wieder abzudanken, scheint den General ebensowenig zu beeindrucken wie die rechtsradikale Opposition. De Gaulle ist überzeugt, daß er seine Vollmachten weder der Linken noch der Rechten verdankt, sondern einer Art Vorsehung, die ihm zum Schiedsrichter des ganzen französischen Geschehens machte. Die gleiche Rolle will er auch im internationalen Kräftespiel einnehmen.

Es scheint, daß de Gaulle den ungewöhnlichen Verhältnissen der letzten Jahre - weitgehend Vollmachten und Einschränkung der parlamentarischen Befugnisse - eine verfassungsmässige Grundlage geben will. Die sogenannte Präsidialdemokratie soll in Frankreich kein Provisorium mehr sein, sondern ein rechtlich fundierter Dauerzustand werden. Mehr als schon jetzt soll der Präsident der Republik zugleich der eigentliche Regierungschef sein, nunmehr aber direkt vom Volk gewählt und nur dem Volk verantwortlich.

Volksentscheid als Parlamentsersatz

Entscheidungen über diese tiefgreifende Verfassungsänderung und überhaupt über alle grossen Fragen der Innen- und Aussenpolitik sollen letzten Endes ausschließlich vom Staatspräsidenten getroffen werden, mit Zustimmung des Volkes, das auf entsprechend formulierte Fragen periodisch mit "JA" zu

antworten hat. - Wer die Möglichkeiten der modernen Propagandatechnik mit Rundfunk, Fernsehen, Massenpresse und anderen Methoden der Meinungsbildung kennt, weiss, dass es nicht schwer ist, für diese oder jene einigermassen geschickt gestellte Frage ein massives Ja zu erhalten.

Das Parlament, in dem in normalen Zeiten der westlichen Demokratie Gesetze und Entscheidungen des nationalen Lebens gründlich überlegt, beraten und eventuell abgeändert werden, wird somit zu einer konsultativen Einrichtung zweiten Ranges, zu einem Museumsstück, das nicht einmal mehr dekorativ wirkt. Die wichtigsten Beschlüsse entstehen ausserhalb der beiden Kammern, über die Köpfe der Parlamentarier hinweg, weit oben im Elysée-Palast, der mit den Wählern durch Fernsehen, Rundreisen und Volksabstimmungen im direkten Kontakt bleibt.

Wachsender Widerstand gegen den "Chef"

Aus mehreren Gründen hatten die Franzosen diese Entwicklung hingenommen. wollen jetzt aber wieder ein normales demokratisches Staatsleben:

1.) Sie hatten genug von einem Parlament, das den wichtigsten Problemen nicht gewachsen war und in dramatischen Augenblicken klägliche Ohnmacht und fruchtlose Diskutierlust zeigte. Der Parlamentarismus geriet in Misskredit. Heute beginnt man aber eine andere Seite zu sehen, nämlich die Gefahr einer übergrossen, unkontrollierten Autorität.

2.) Der Algerienkrieg und die Gefahr eines innerfranzösischen Bürgerkrieges lähmten die politischen Energien; man stellte soziale und demokratische Forderungen in den Hintergrund, solange das Land wirklich in Lebensgefahr war. Jetzt beginnen sich mit dem Ende des Algerienkrieges und den schweren Schlägen der OAS, die freiheitlichen Kräfte wieder zu rühren und so wächst das "Heimweh nach der Republik".

3.) Man duldet eine Zeitlang die ungewöhnliche Machtkonzentration an der Spitze des Staates, solange der Präsident der Republik de Gaulle heisst. Auch die politische Opposition zweifelt nicht an der Selbstlosigkeit und den lauterer Absichten des Generals. Man hegt aber grösste Befürchtungen für den Fall eines Verschwindens des gegenwärtigen Präsidenten der französischen Republik.

Auf Fragen bezüglich der Nachfolge an der Spitze des französischen Staates antwortete de Gaulle auf seiner letzten Pressekonferenz mit einer geistreichen Redewendung: Nicht ein Vakuum sei zu befürchten, sondern eine "Überfülle".

Wie dem auch sei, mit der Beendigung des algerischen Krieges wächst in Frankreich der Widerstand gegen autoritäre Experimente und die Sehnsucht nach einer normal funktionierenden parlamentarischen Demokratie.

+ + +

Jugendfreizeitwerk Neuland

Von Hermann Schueler

Waldhungrige Feriengäste des Städtchens Oerlinghausen, einem Luftkurort und Schauplatz mehrerer deutscher Segelflugmeisterschaften im Teutoburger Wald, wählen sich als Spazierweg oft das Ufer eines schmalen Wasserlaufs, auf den Karten als Menckebach verzeichnet, den Einheimischen jedoch nur als "die Schopke" geläufig. Diese Spaziergänger erleben plötzlich, wie sich zu ihren Häuptern die Sonnenstrahlen in einer langgestreckten Glasfront widerspiegeln. Gehen sie der in dem abgelegenen Waldgebiet unerwarteten Erscheinung nach, so finden sie auf der Krone des Abhangs hinter einem lückenhaften Baumvorhang einen kantigen, aber luftig wirkenden Quader aus Glas und ein wenig rotem Kauerwerk, dahinter einen grösseren kompakten Bau mit breiten Fensterzeilen und am Rande eines weiten sauberen Platzes noch ein Haus, das nur seinen Giebel aus dem Wald hervorsehen lässt.

Sie sind unversehens nach Neuland gekommen, dem "Jugendfreizeitwerk Neuland" wie es offiziell heisst, einem Erholungszentrum, das Kindern, Jugendlichen - und noch einigen Leuten mehr - in ganz Ostwestfalen und darüber hinaus im Bundesgebiet und Berlin bekannt ist. Möglicherweise wird der Besucher den Platz in absoluter Stille finden. Dann tollen die Schulklassen weitab durch den Wald, und hüpfeln die Kursanten still in den grossen Haus. Aber im Sommer wird der Platz nicht wiederzuerkennen sein. Dann quirlt das und trubelt das mit Geschrei und Gesang zwischen den Häusern mit der allzeit offenen Tür und den im Wald versteckten Häusern: zehn-, zwölfjährige Jungen mit Badehose und Sonnenbrand, Mädchen in Dirndlkleid oder Bluejeans.

Aus allen Teilen der Bundesrepublik

Jahr für Jahr sammeln sich unter den Zeltdächern auf Neulands Lagerplätzen Hunderte und Tausende von Kindern. Die bevorstehenden Sommermonate sollen jedoch den grössten Ansturm an jungen Lagergästen bringen, den Neuland je erlebte. Die Bezirksorganisation der ostwestfälischen Falken will allein 2000 Kinder in einem dreiwöchigen Ferienlager aufnehmen, für das dieses Jugendfreizeitwerk mit seiner Grossküche, seinen Wasch- und Toilettenanlagen der Mittelpunkt sein wird.

Die Kinderlager sind vielleicht das augenfälligste und unhörbare Kapitel im Tagebuch Neulands, aber nicht das einzige. Die anderen Seiten füllen Berliner Schulklassen, Jugendgruppen des In- und Auslandes, Behörden, die in Zusammenarbeit mit charitativen Verbänden hier Erholungskuren durchführen, Wochenendseminare von Bildungsgemeinschaften und Jugendverbänden und schliesslich Erholungsaufent-

halte für Kinder. So wird das Jugendfreizeitwerk einer dreifaltigen Aufgabe gerecht: es ist zugleich Erholungszentrum für Kinder und Jugendliche, Schullandheim und Bildungsstätte für Jugendliche und Erwachsene, die mit der Jugendarbeit zu tun haben. Neuland, wie es jetzt steht und wirkt, ist nicht an einem Tage geworden. Seine Geschichte beginnt eigentlich schon vor über 30 Jahren. Damals, 1931, suchte die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde für Lager von erholungsbedürftigen Kindern einen geeigneten Platz. Sie fand ihn hier in der Senne, kam mit dem Besitzer, einem bodenständigen Bauern ins Reine und pachtete ein rund 10 000 qm grosses Wald- und Heidegelände. Ein selbstgezimmerter Holzhäuschen und ein Brunnen waren der Kern der ersten Kinderzeitlager. Zwei Jahre später, mit dem Anbruch der Nazi-Ära, schien alles schon vorbei zu sein. Doch neue Kauf- und Pachtverträge bewahrten den Platz davor, den Nationalsozialisten in die Hände zu fallen.

1946 Neubeginn

1946 fanden sich die alten Mitarbeiter wieder zusammen und begannen aufs Neue da, wo sie vor 13 Jahren zwangsweise abbrechen mussten. 1947 lud das erste Zeltlager zum Besuch. "Fresslager" nannten es später die immer hungrigen Kinder jener Nachkriegsjahre. Die Verantwortlichen jedoch erkannten, dass eine neue Zeit andere Maßstäbe setzte und eine niedrige Holzhütte ein unzureichender Mittelpunkt für einen am Beginn seiner Entwicklung stehenden Ferienplatz war. Bald sorgte ein Pumpenhaus für geregelte Wasserzufuhr; eine grosse feste Toilettenanlage entstand. Dann lag auch der Grundstein für das erste feste Haus. In gemeinsamer Arbeit von jung und alt wuchsen die Mauern. "Zusammenfassung aller Kräfte hat dieses Haus gebaut", würdigte Reichsminister a.D. Carl Severing am Tage der Einweihung das Gemeinschaftswerk. Noch während des Bauens waren die ersten Pläne über den Haufen geworfen worden. Was ursprünglich als reines Arbeitsgebäude - Küche und Lager Räume - gedacht war, stellte sich fertig geworden als ein Haus dar, das den vielfältigen Zwecken der Jugendbewegung und Jugenderholung dienen konnte. Schon drei Jahre später erhob sich neben dem ersten Haus ein zweites, und nicht viel später verband ein Zwischenstrahl aus Glas beide Gebäude.

Grosszügiger Ausbau

Träger des Hauses und Platzes war nach dem Kriege der Idealverein "Kinderfreunde e.V." mit dem Sitz in Bielefeld geworden, der unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Emil Gross steht und sich ausschliesslich der Trägerschaft und Unterhaltung von Baulichkeiten und Liegenschaften für die Zwecke der Jugendbewegung verschrieben hatte. Als die Vorstandsmitglieder eines Tages gemeinsam mit Vertretern der Landesregierung das Haus auf einen notwendigen Ausbau hin begutachteten, begriffen sie: ausbauen liess die Probleme nur halb lösen. Aber vor der Alternative "Neubau in grösserem Massstab" stand das Achtungsschild "Kosten". Indes, die Düsseldorfer schien dies nicht so zu schrecken. Sie fanden vielmehr: Wer das aus eigener Kraft

schaffte, was sie hier sehen, der ist noch grösserer Leistung fähig und verdient die volle, auch finanzielle Unterstützung. Das war, genau genommen, die Geburtsstunde des Jugendfreizeitwerks in seiner heutigen Gestalt. 1957 legten die "Kinderfreunde" den Grundstein. Als Sozialdemokraten die Regierung im Lande NRW übernahmen, konnten sie noch zügiger bauen, dank Sozialminister Rensath vor allem, der alle bürokratischen Hemmnisse überspielte. Schon am 8. Oktober 1959 übergab der Bielefelder Architekt Voigt die beiden grossen Gebäude seinen Auftraggebern.

Neuland ist seitdem seiner Aufgabe glänzend gerecht geworden, mit alljährlich rund 43 000 Verpflegungstagen für Zeltlager, Schullandaufenthalte, Erholungskuren und Seminare. Viele Besucher, darunter der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer und der jetzige nordrhein-westfälische Sozialminister Konrad Grundmann, Lehrer und Jugendleiter des In- und Auslandes, gehen durch die Schwingtür hinaus mit dem Bewusstsein, etwas nicht Alltägliches gesehen zu haben.

Traum vieler Zeltplätze

Sie sind ebenso beeindruckt von der anheimelnden Atmosphäre der Schlafzimmer mit den in die Wand eingebauten Doppelbetten wie von der blitzenden Perfektion der elektrischen vollautomatischen Grossküche, die ein Dorf mit 1000 Einwohnern speisen könnte und im doppelten Gang sogar die zweifache Zahl. Sie haben die beiden Büchereien, die Konferenz-, Club- und Arbeiteräume, den Speisesaal, das Fotolabor und die Werkräume gesehen, und sicher hat man sie auch durch den unterirdischen Gang geführt, der vom Haupthaus zu dem Saalbau führt und durch den mit Wagen und Hebebühne Getränke und ganze Mittagessen via Teeküche in den 350 Personen fassenden Festsaal geschleust werden können.

Wenn sie weiter durch das inzwischen 170 000 qm umfassende Lagergelände streifen, sehen sie vielleicht noch in das langgestreckte Waschhaus hinein, mit seinen blitzenden Wasserkränen und Warmwasserduschen. So eine Anlage ist der Traum vieler Zeltplätze. Dann kommen sie auch an einen der vier Wochenendhäuschen vorüber, in der ganze Familien ihre Ferien gemeinsam verbringen können.

So stellt sich Neuland heute dar oder vielmehr - stellte sich dar. An dem Giebelhaus am Waldrand klingen schon wieder die Maurerkellen. Dieser Senior unter Neulands Häusern und sein Nachbar wird nun doch umgebaut, besser neu aufgebaut, denn aus zwei kleinen soll ein grosses werden. Dies bedeutet: statt einer Schulklasse können bald zwei aus der eingemauerten Reichshauptstadt zur gleichen Zeit in Neuland Ferienwochen verbringen.

Ist damit das Projekt Neuland abgeschlossen und fertig?

Es gibt Augen, die sehen an einer Stelle den Heißeisboden zurückweichen. Dann steht dort kristallklares Wasser, von blitzenden Fliesen eingefasst und darüber erhebt sich ein schlanker Sprungturm.